

Europäisches Parlament für koordinierte Partnerschaft mit den USA

In seinem ersten Bericht nach der Wahl Barack Obamas zum Staatspräsidenten der USA will das Europäische Parlament die Beziehungen zwischen der EU und den USA stärken. Dazu soll die 1995 in Kraft getretene „Neue Transatlantische Agenda“ durch ein neues Abkommen ersetzt werden, das „eine stabilere und aktuellere Basis für die Beziehungen“ zwischen der EU und den USA schaffen soll. Bis 2012 soll das neue Abkommen erarbeitet werden.

Das Europäische Parlament unterstreicht in seinem Bericht über den Stand der transatlantischen Beziehungen, es solle ein sogenannter Transatlantischer Politischer Rat gegründet werden, der zwischen der EU und den USA einen regelmäßigen Austausch um Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik koordiniert. Zudem sei eine „Parlamentarische Versammlung“ zu gründen, die den Dialog zwischen amerikanischen und europäischen Abgeordneten fördert. Auch ein Verbindungsbüro des Amerikanischen Kongresses in Brüssel sowie ein beiderseitiges legislatives Frühwarnsystem werden angeregt.

Sehr deutlich fordert das Europäische Parlament den neuen Amerikanischen Kongress auf, die Rechtsvorschrift zu ändern, wonach Fracht mit Zielort USA zu 100% kontrolliert werden soll.

Das Parlament appelliert in diesem Zusammenhang an den Kongress, eng mit der EU zusammenzuarbeiten, um die Anwendung eines mehrstufigen Konzepts ausgehend von der tatsächlichen Gefährdung einer Frachtsendung zu gewährleisten.

Weiterhin unterstreicht das Europäische Parlament, es bewerte eine 100%ige Containerdurchleuchtung als potenzielles neues Handelshemmnis, durch das den Wirtschaftsteilnehmern Kosten in beträchtlicher Höhe entstehen, gleichzeitig aber keinerlei Nutzen für die Sicherheit der Handelskette entsteht. Vor diesem Hintergrund wird die Meinung vertreten, der Transatlantische Wirtschaftsrat solle Seminare zum Thema „Lückenlose Durchleuchtung“ in Brüssel und Washington organisieren, um die Verständigung zwischen europäischen und US-amerikanischen Gesetzgebern zu vertiefen und auf eine frühzeitige und für beide Seiten akzeptable Lösung des Problems hinzuwirken.

Der ZDS begrüßt den Vorschlag einer vertieften Kooperation und einer frühzeitigen Verständigung zwischen EU und Amerikanischem Kongress außerordentlich. Auch schließt sich der ZDS voll umfänglich der Bewertung des Europäischen Parlamentes zur 100%igen Containerdurchleuchtung als Handelshemmnis an. Der ZDS erachtet insbesondere im Zusammenhang mit den aktuellen Sicherheitsinitiativen einen verstärkten Dialog zwischen EU und USA als zwingend erforderlich.

Der Bericht des Europäischen Parlamentes kann unter der Email-Adresse martin.kroeger@zds-seehaefen.de bei uns abgefordert werden.

Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhr chinesischer Frachtkontrollsysteme

Das Unternehmen Smiths Detection Group Limited hat Anfang Februar einen Antrag zur

Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhr bestimmter Frachtkontrollsysteme mit Ursprung in der Volksrepublik China gestellt, der jüngst im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurde.

Die Europäische Kommission kam nach Anhörung des beratenden Ausschusses zu dem Schluss, dass genügend Beweise vorliegen, um die Einleitung eines Verfahrens zu rechtfertigen. Im Rahmen des nun folgenden Verfahrens zur Prüfung des Gemeinschaftsinteresses können sich auch repräsentative Verwender der Technologie beteiligen.

Die Bekanntmachung kann unter der Email-Adresse martin.kroeger@zds-seehaefen.de bei uns abgefordert werden.